

# Niederschrift

## RAT/VII/27

Niederschrift über die Sitzung des Rates der Gemeinde Rosendahl am 20.06.2007 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, 48720 Rosendahl.

### **Anwesend waren:**

#### Der Bürgermeister

Niehues, Franz-Josef

#### Die Ratsmitglieder

Barenbrügge, Theodor  
Branse, Martin  
Everding, Clara  
Fliß, Thomas  
Haßler, Christa  
Henken, Theodor  
Isfort, Mechthild  
Kuhl, Horst  
Löchtefeld, Klaus  
Mensing, Hartwig  
Neumann, Michael  
Niehues, Hubert  
Reints, Hermann  
Rottmann, Josef  
Schenk, Klaus  
Schröer, Martin  
Schulze Baek, Franz-Josef  
Söller, Hubert  
Steindorf, Ralf  
Tendahl, Ludgerus

#### Von der Verwaltung

Gottheil, Erich	Allgemeiner Vertreter
Wellner, Norbert	Fachbereichsleiter
Roters, Dorothea	Schriftführerin

### **Es fehlten entschuldigt:**

#### Die Ratsmitglieder

Fedder, Ralf  
Newman, Claudia  
Riermann, Günter  
Weber, Winfried  
Wessendorf, Ulrich  
Wünnemann, Werner

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 22:50 Uhr

## Tagesordnung

Bürgermeister Niehues begrüßte die Ratsmitglieder, die erschienenen Zuhörer sowie die Vertreterinnen der Presse, Frau Hertleif und Frau Kloster.

Er stellte fest, dass mit Einladung vom 08. Juni 2007 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Rat beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Er kündigte die Erweiterung der Tagesordnung an, und zwar um die folgenden Beratungspunkte im **nichtöffentliche** Teil der Sitzung:

#### **4. Neugestaltung der Ortsdurchfahrt Darfeld**

##### **4.1 Vergabe der Straßenbauarbeiten (einschließlich Gehwege)**

*Vorlage: VII/546*

##### **4.2 Vergabe der Straßenbeleuchtungsarbeiten**

*Vorlage: VII/547*

##### **4.3 Lieferung des Pflaster- und Rinnenmaterials**

*Vorlage: VII/548*

#### **5. Entscheidung über die Ausübung eines Vorkaufsrechtes nach § 24 Abs. 1 Ziffer 1 Baugesetzbuch (BauGB) für eine im Bebauungsplan "Gartenstiege" im Ortsteil Holtwick ausgewiesene Verkehrsfläche** **Vorlage: VII/549**

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte würden sodann entsprechend aufrücken.

Zur Begründung der Dringlichkeit gem. § 2 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Gemeinde Rosendahl vom 16.12.2004 führte er an, dass im Falle der Neugestaltung der Ortsdurchfahrt Darfeld eine Vergabe der Aufträge in dieser Sitzung unbedingt erforderlich sei, um den engen Maßnahmenzeitplan einhalten zu können. Das geprüfte Ergebnis der Ausschreibung (Submission vom 14. Juni 2007) hätte aber erst am Montag, dem 18. Juni 2007, vorgelegen. Die Fraktionen seien daraufhin unverzüglich über das Ergebnis informiert worden.

Im Falle der Entscheidung über die Ausübung des Vorkaufsrechtes sei eine zweimonatige, nicht verschiebbare Frist vorgegeben, die ansonsten angesichts der bevorstehenden Sommerpause des Rates nicht eingehalten werden könne.

Sodann **stimmte** der Rat der vorgeschlagenen Erweiterung der Tagesordnung **zu**.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

#### **1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ratssitzungen**

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung des Rates gefassten Beschlüsse. Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

**2 Wiederbesetzung eines freigewordenen Ausschusssitzes im Schul- und Bildungsausschuss, im Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschuss sowie eines stellvertretenden Ausschusssitzes im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss**  
**Vorlage: VII/542**

Ratsmitglied Reints schlug vor, die freigewordenen Ausschusssitze durch Herrn Weber zu besetzen und ihn zum Stellvertreter zu wählen. Für den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss sei keine Neubenennung erforderlich.

Anschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

Herr Weber wird als ordentliches Mitglied und Herr Reints als stellvertretendes Mitglied für den Schul- und Bildungsausschuss und für den Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**3 Beitritt der Gemeinde Rosendahl zu einer Infrastrukturgesellschaft für Städte und Gemeinden des Kreises Coesfeld im Zuge der Interkommunalen Zusammenarbeit**  
**Vorlage: VII/514**

Bürgermeister Niehues erläuterte kurz den Sachverhalt.

Ratsmitglied Haßler erkundigte sich, ob die Unterlagen der RWE für die genannte Marktanalyse und die Wirtschaftlichkeitsberechnungen mittlerweile vorlägen.

Allgemeiner Vertreter Gottheil verneinte dies. Es würde aber umgehend ein Erinnerungsschreiben diesbezüglich versandt.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Dem Beitritt zu einer Infrastrukturgesellschaft wird grundsätzlich zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte hierfür in die Wege zu leiten. Eine endgültige Beschlussfassung erfolgt nach Auswertung einer Marktanalyse und entsprechenden Wirtschaftlichkeitsberechnungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**4 31. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Gartenstiege", Ortsteil Holtwick**

**hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3  
Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Satzungsbeschluss  
gemäß § 10 BauGB**  
**Vorlage: VII/531**

Bürgermeister Niehues erläuterte kurz den Sachverhalt.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Dem Beschlussvorschlag entsprechend der der Sitzungsvorlage VII/531 beigefügten Empfehlung wird zugestimmt.

Die 31. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Gartenstiege", Ortsteil Holtwick, wird gemäß den §§ 1 Abs. 8 und 2 Abs. 1 in Verbindung mit den §§ 10 und 13 des Baugesetzbuches (BauGB) in der zzt. gültigen Fassung und den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW), in der zzt. gültigen Fassung, entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. VII/531 beigefügten Entwurf als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5 Aufstellung des Bebauungsplanes "Kleikamp II", Ortsteil Osterwick**  
**hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3  
Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie Satzungsbeschluss  
gemäß § 10 BauGB**  
**Vorlage: VII/525**

Bürgermeister Niehues erläuterte kurz den Sachverhalt.

Anschließend folgte der Rat dem Beschlussvorschlag des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Den Beschlussvorschlägen entsprechend den der Sitzungsvorlage Nr. VII/525 beigefügten Empfehlungen wird zugestimmt.

Der Bebauungsplan „Kleikamp II“ mit dazugehöriger Begründung nebst Umweltbericht wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**6 Bewerbung der Baumberge-Region als "LEADER-Region" im Rahmen des  
LEADER-Wettbewerbsverfahrens des Landes Nordrhein-Westfalen**  
**hier: Beteiligung der Gemeinde Rosendahl**  
**Vorlage: VII/540**

Fraktionsvorsitzender Steindorf gab für die CDU-Fraktion bekannt, dass eine gene-

relle Zustimmung zur LEADER-Region-Bewerbung angedacht sei, dies allerdings unter der Prämisse, dass die Verwaltung nach der Sommerpause konkrete Projekte für den LEADER-Wettbewerb mit Kostenangabe benenne. Außerdem schlage er vor, dass die Besetzung der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) nicht nur den Bürgermeister, sondern auch ein Ratsmitglied, welches das Vertrauen des gesamten Rates besäße, vorsähe.

Ratsmitglied Neumann äußerte sich für die WIR-Fraktion dahingehend, dass erst bekannt sein müsse, für welche Maßnahmen finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten, bevor über die LEADER-Bewerbung eine Entscheidung getroffen werden könne. Die Managementkosten würden außerdem die Fördersumme in einem gewissen Maße schmälern. Da zur Zeit keine Notwendigkeit für konkrete Maßnahmen gesehen würden, würde die WIR-Fraktion den Beschlussvorschlag ablehnen.

Fraktionsvorsitzender Branse formulierte die Haltung der SPD-Fraktion zur Bewerbung als LEADER-Region. Grundsätzlich befürworte man die Bewerbung und die Gemeinde Rosendahl solle sich durch die Bewerbung mögliche Fördermittel sichern. Im Gegensatz zu anderen beteiligten Kommunen möge der Rat die Entscheidung nicht vertagen, sondern ein positives Zeichen durch Zustimmung setzen. Es würden schließlich zunächst nur Kosten von knapp 1.000 € entstehen, solange ein Auftrag noch nicht vergeben werden müsse. Daher solle seiner Auffassung nach noch keine abschließende Entscheidung über die Vergabe des Auftrages an die wfc getroffen werden, sondern für die Antragstellung nur die Vorstellungen bezüglich eines möglichen Regionalmanagements und die Besetzung der LAG formuliert werden. Er schlug vor, über diesen Vorschlag abzustimmen.

Bürgermeister Niehues erläuterte die Gründe, die für eine Übertragung des Regionalmanagements auf die wfc sprächen. Eine Kommune könne diese Aufgabe nach den Förderrichtlinien nicht übernehmen, es müsse allerdings nicht unbedingt die wfc als Partner gewählt werden. Für die Bewerbung sei es aber notwendig zu erklären, wie man sich das Regionalmanagement vorstelle und wie die Besetzung der LAG geplant sei. Er halte es auch für eine gute Idee, einen Vertreter aus dem Rat zu berücksichtigen. Insgesamt betrachtet sei die LEADER-Bewerbung eine große Chance für die Region, nicht zuletzt auch deshalb, weil hierdurch privates Kapital mobilisiert werde.

Ratsmitglied Neumann wies darauf hin, dass auch die beteiligten Nachbargemeinden sich mit einer Entscheidung schwer täten. Es sei jedoch sinnvoll, gemeinsam zu agieren. Er könne sich den Ausführungen von Herrn Branse anschließen, er halte es ebenfalls für sinnvoll, die rund 1.000 € zu investieren.

Ratsmitglied Schulze Baek betonte ebenfalls die Bedeutung eines gemeinsamen Agierens der betroffenen Gemeinden. Er fragte nach, ob die Gemeinde Rosendahl auch anteilig an den Kosten beteiligt werde, wenn in einer Nachbarkommune ein Projekt umgesetzt werde.

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass bei einer gemeinsamen Bewerbung die Kosten für gemeinsame Maßnahmen gemeinsam getragen werden müssten. Dieses gelte z.B. für das Naturtourismuskonzept, an dem alle Kommunen beteiligt würden. Für Projekte, die ausschließlich ortsbezogen seien, müsse der Eigenanteil auch von den Kommunen aufgebracht werden, die dieses Projekt erhielten. Andernfalls werde er als Bürgermeister gegen die Mitfinanzierung von Projekten in anderen Kommunen durch die Gemeinde Rosendahl ein Veto einlegen.

Fraktionsvorsitzender Mensing äußerte die Befürchtung, dass im Falle einer Bewerbung als LEADER-Region und der dadurch entstehenden Managementkosten

künstlich Projekte geschaffen würden, für die ein Bedarf nicht zwingend vorhanden sei.

Dieser Auffassung widersprach Fraktionsvorsitzender Steindorf, da er in Rosendahl einen großen Bedarf sähe. Daher solle die Verwaltung zum Ende der Sommerpause konkrete Projektvorschläge unterbreiten. Er halte es außerdem für richtig, dass die Förderrichtlinien eine Zusammenarbeit der Gemeinden voraussetzten, denn dies würde das Entstehen eines Kirchturmdenkens verhindern. Die wfc halte er im übrigen für kompetent, die vorgesehenen Aufgaben zu erfüllen.

Auch Ratsmitglied Haßler sprach sich für die LEADER-Bewerbung aus, da ansonsten die Gefahr bestünde, dass die Gemeinde Rosendahl ins Hintertreffen gerate, wenn sie diese Chance zur Attraktivitätssteigerung der Gemeinde nicht nutze.

Fraktionsvorsitzender Steindorf modifizierte daraufhin den von ihm zuvor formulierten Antrag. Die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlages sollten unverändert bleiben. Punkt 3 solle nur eine grundsätzliche und allgemein gehaltene Absichtserklärung der Gemeinde bezüglich der Übertragung des Regionalmanagements auf die wfc beinhalten. Außerdem solle ein Punkt 4 zusätzlich aufgenommen werden, der die zuvor formulierten Prämissen über die Vorstellung konkreter Projekte durch die Verwaltung nach der Sommerpause und die Besetzung der LAG mit einem Ratsmitglied berücksichtige.

Ratsmitglied Everding erklärte sich mit diesem Beschlussvorschlag einverstanden.

Ratsmitglied Kuhl betonte die Bedeutung der Bewerbung für die Zukunftsfähigkeit der Gemeinde Rosendahl.

Bürgermeister Niehues schlug vor, den Höchstsatz für das Regionalmanagement auf 12 % herabzusetzen, falls dies eine Entscheidung hierzu erleichtere.

Ratsmitglied Schröder betonte, dass es nicht um den Prozentsatz ginge, sondern dass es dem Rat wichtig sei, Steuerungsinstrumente im LEADER-Bewerbungsprozess zu erhalten. Dafür sei es so wichtig, eine Konkretisierung von Projekten vorzunehmen. Erst dann sei letztlich eine Entscheidung darüber, ob eine Umsetzung lohnenswert sei oder nicht, möglich.

Fraktionsvorsitzender Branse erklärte, dass der durch Herrn Steindorf formulierte Beschlussvorschlag auch für ihn konsensfähig sei und eine Möglichkeit darstelle, in dieser Sitzung eine Entscheidung zu fällen.

Anschließend wurde über jeden einzelnen Punkt des Beschlussvorschlages getrennt abgestimmt.

Der Rat fasste folgende **Beschlüsse**:

1. Die Gemeinde Rosendahl beteiligt sich gemeinsam mit den Städten Billerbeck und Coesfeld sowie den Gemeinden Havixbeck und Nottuln als Baumberge-Region am LEADER-Wettbewerb des Landes Nordrhein-Westfalen zur Vergabe des Status „LEADER-Region“ für die Förderperiode 2007 bis 2013.

Abstimmungsergebnis:            19 Ja-Stimmen  
    2 Nein-Stimmen

2. Soweit LEADER-Projekte in der Gemeinde Rosendahl umgesetzt werden, stellt

die Gemeinde Rosendahl die hierfür notwendigen Eigenmittel bereit. Bei einer gleichmäßigen Aufteilung der Projektmittel auf alle Baumberge-Gemeinden würde sich der Eigenanteil der Gemeinde Rosendahl auf rd. 441.000,- € belaufen, wobei angestrebt wird, die kommunalen Eigenmittel möglichst durch die projektbezogene Einwerbung privater Mittel zu ersetzen.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen

3. Der Rat der Gemeinde Rosendahl erklärt die Absicht, im Fall eines Erfolges der LEADER-Bewerbung die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Coesfeld (wfc) mit der Durchführung des Regionalmanagements für den Zeitraum 2007 bis 2013 zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen

4. Die Verwaltung wird beauftragt, zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses nach der Sommerpause die für die Gemeinde Rosendahl vorgesehenen Projekte für das LEADER-Wettbewerbsverfahren vorzustellen und vom Rat beschließen zu lassen. Darüber hinaus soll die Besetzung der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) um ein von der Mehrheit des jeweiligen Rates getragenes Ratsmitglied jeder Gemeinde ergänzt und im Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

**7 Festlegung der Vermarktungsbedingungen zum 01. Juli 2007 für die Veräußerung der gemeindlichen Wohnbaugrundstücke  
Vorlage: VII/538**

Der Rat folgte dem Beschlussvorschlag des Haupt- und Finanzausschusses und fasste folgenden **Beschluss**:

Die derzeitigen Bedingungen für die Vergabe der gemeindlichen Wohnbaugrundstücke gelten für den Zeitraum vom 01. Juli 2007 bis 30. Juni 2008 fort.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

*Ratsmitglied Branse war während der Abstimmung abwesend.*

**8 Antrag der SPD-Fraktion vom 29.05.2007 auf Änderung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse**

**Vorlage: VII/537**

Ratsmitglied Henken verwies in Vertretung für Fraktionsvorsitzenden Branse auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Anschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 29.05.2007 wird zur Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

*Ratsmitglied Branse war während der Abstimmung abwesend.*

- 9 **Antrag der SPD-Fraktion vom 29.05.2007 auf Feststellung von kalkulatorischen Über- bzw. Unterdeckungen in Gebührenhaushalten innerhalb festzulegender Zeiträume**  
**Vorlage: VII/536**

Der Rat fasste folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 29.05.2007 wird zur Beratung an den Ver- und Entsorgungsausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 10 **Antrag der SPD-Fraktion vom 29.05.2007 auf Änderungen im Rahmen von Gebührenkalkulationen im Bereich der Straßenreinigung**  
**Vorlage: VII/535**

Der Rat fasste folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 29.05.2007 wird zur Beratung an den Ver- und Entsorgungsausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 11 **Antrag der SPD-Fraktion vom 29.05.2007 auf Änderungen von Gebührenkalku-**

**lationen für den Friedhof Holtwick  
Vorlage: VII/534**

Der Rat fasste folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 29.05.2007 wird zur Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12 Antrag der WIR-Fraktion vom 15.04.2007, eingegangen am 04.06.2007, zur Förderung der Offenen Jugendarbeit Rosendahl durch Verbesserung des örtlichen ÖPNV-Angebotes, Fortführung der finanziellen Förderung im Jahr 2009 und Einrichtung eines zentralen Jugendhauses  
Vorlage: VII/541**

Ratsmitglied Neumann erläuterte kurz den Hintergrund des Antrages.

Anschließend fasste der Rat folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der WIR-Fraktion vom 15.04.2007 wird zur Beratung an den Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13 Mitteilungen**

**13.1 Sitzungskalender 2. Halbjahr 2007**

Bürgermeister Niehues verwies auf den ausgehändigten Sitzungskalender für das 2. Halbjahr 2007. In diesem Zeitraum seien eine Reihe wichtiger Entscheidungen zu treffen, wie z.B. hinsichtlich der Gründung einer gemeinsamen Infrastrukturgesellschaft. Da heute noch nicht bekannt sei, wann das notwendige Datenmaterial zur Verfügung stehe, seien zwei Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses vorsorglich terminiert worden, die dann bei Bedarf auch stattfinden würden. Der Zeitplan für die Gründung der Gesellschaft sehe auf jeden Fall eine Entscheidung in der 2. Jahreshälfte und noch vor Ablauf des Jahres vor. Eine Verschiebung von Sitzungsterminen könne ggf. vorgenommen werden, sollte ein/e Ausschussvorsitzende/r Terminprobleme haben.

Fraktionsvorsitzender Mensing regte an, im nächsten Jahr statt einer Fachausschusssitzung möglichst zwei Sitzungen in einer Woche abzuhalten, damit in den jeweiligen Fraktionssitzungen gleich zwei Fachausschusssitzungen vorbereitet werden könnten. Diese Anregung fand die Zustimmung der anderen Fraktionen.

Bürgermeister Niehues sagte zu, diese Anregung bei der Gestaltung des nächsten Sitzungskalenders zu berücksichtigen.

### **13.2 Bewilligungsbescheid für die Offene Ganztagsgrundschule**

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass der Zuwendungsbescheid bezüglich des Landeszuschusses für die Durchführung außerunterrichtlicher Angebote offener Ganztagschulen im Primarbereich vorläge. Für das Schuljahr 2007/2008 sei eine Landeszuweisung in Höhe von 73.800 € bewilligt worden. Grundlage seien die gemeldeten 90 Schülerinnen und Schüler; es sei jedoch davon auszugehen, dass die tatsächliche Zahl der angemeldeten Kinder etwas geringer ausfalle.

### **13.3 Einrichtung der neuen TaxiBus-Linie 775**

Bürgermeister Niehues erläuterte die Neueinrichtung der TaxiBus-Linie 775, die ab August 2007 den Betrieb aufnehmen werde. Sie werde durch den vorgesehenen überwiegenden Stundentakt während der Stoßzeiten den Bedürfnissen der Berufstätigen, der Schüler und der Jugendlichen, die beispielsweise die Offenen Jugendtreffs besuchen wollten, gerecht. Alle drei Ortsteile seien nunmehr von montags bis samstags miteinander verbunden. Außerdem sei damit der Anschluss an den Bahnhof in Billerbeck geschaffen worden, was insbesondere für die Darfelder wichtig sei. Der entsprechende Fahrplan, der von Bürgermeister Niehues vorgestellt und erläutert wurde, ist der Niederschrift als **Anlage I** beigefügt.

Die Fahrpreise innerhalb der Gemeinde lägen in einem Tarifbereich und gehörten zur Preisstufe 1 (ca. 2,00 €), die Fahrten nach Billerbeck zur Preisstufe 2 (von Osterwick und Darfeld nach Billerbeck, ca. 2,70 €) bzw. zur Preisstufe 3 (von Holtwick nach Billerbeck, ca. 4,00 €). Kinder und Jugendliche könnten außerdem das Fun-Ticket in Anspruch nehmen, das monatlich ca. 10 € kosten werde.

Ratsmitglied Löchtefeld fragte nach, ob es richtig sei, dass das Fun-Ticket nur denjenigen zur Verfügung stünde, die eine Fahrkarte im Rahmen der Schülerbeförderung hätten, also für Osterwicker Hauptschüler nicht in Frage käme. Diese Frage konnte nicht abschließend beantwortet werden.

#### Protokollhinweis:

Eine Nachfrage bei der Regionalverkehr Münsterland GmbH ergab, dass das Fun-Ticket von Kindern und Jugendlichen bis zum Alter von 20 Jahren auch ohne Schulwegjahreskarte erworben werden könne und täglich ab 14.00 Uhr sowie am Wochenende und in den Ferien ganztags gültig sei. In Verbindung mit einer Schulwegjahreskarte habe das Fun-Ticket uneingeschränkt ganztägige Gültigkeit. Das

Fun-Ticket koste ab August 2007 monatlich in der Stufe 0-2 (i.d.R. innerstädtische Gültigkeit) ca. 9,60 €, in der Stufe 3-4 (Stadt und Umgebung) ca. 10,90 € und in der Stufe 5-8 (gesamte Verkehrsgemeinschaft Münsterland) ca. 18,90 €.

#### **13.4 Änderung der Schülerbeförderung im Bereich der Bauerschaft Höven**

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass sich mit der Einrichtung der neuen TaxiBus-Linie 775 auch die Beförderung der in der Bauerschaft Höven lebenden Schülerinnen und Schüler zur Grundschule in Holtwick ändern werde. Zur Zeit erfolge die Beförderung noch durch den Einsatz eines Taxis. Im nächsten Schuljahr hätte jedoch angesichts gestiegener Kinderzahlen ein Kleinbus eingesetzt werden müssen, der Kosten in Höhe von rd. 22.000 € jährlich verursacht hätte.

Mit dem neuen Schuljahr würden nun die Kinder aus dem Bereich der Wohnsiedlung Höven mit der neuen TaxiBus-Linie befördert. Diese Kinder könnten gefahrlos auf dem Parkplatz neben der Marienkirche einsteigen, wo auch ein Wartehäuschen vorhanden sei.

Im hinteren Bereich der Bauerschaft Höven (K 41 Richtung Gescher) werde der Hegerorter Schulbus eingesetzt, der eine zusätzliche Haltestelle anfahren werde, um den Kindern lange Wege zur nächstgelegenen Haltestelle zu ersparen. Am kommenden Montag werde in Höven eine Informationsveranstaltung für die Eltern der betroffenen Kinder stattfinden, um diese über das neue Konzept umfassend zu informieren.

#### **13.5 Abrechnung der Kosten nach SGB II**

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass die Abrechnung der Kosten für Leistungen nach §§ 22 und 23 SGB II für das Jahr 2006 vorläge.

Ab dem 01. Oktober 2006 sei im Einvernehmen mit allen Städten und Gemeinden im Kreis Coesfeld die 50/50 %-Regelung eingeführt worden. Hiernach würden 50 % der Kosten der Unterkunft für Empfänger von Arbeitslosengeld II nach dem Umlageschlüssel für die Kreisumlage abgerechnet. Die verbleibenden 50 % hätten die Gemeinden unmittelbar selbst zu zahlen. Da die Gemeinde Rosendahl niedrige Fallzahlen habe, wirke sich diese Regelung, die auch für 2007 gelte, günstig aus. Unter Berücksichtigung der bereits durch die Gemeinde Rosendahl geleisteten Abschläge hätte sich für 2006 eine Überzahlung in Höhe von 36.925,36 € ergeben, die nun erstattet würde. Wie hoch die Aufwendungen für 2007 sein werden, müsse abgewartet werden.

#### **13.6 Ausräumen eines Vorwurfes bezüglich einer Presseerklärung eines Mitarbeiters der Verwaltung**

Bürgermeister Niehues bezog sich auf eine protokollierte kritische Äußerung von Fraktionsvorsitzendem Steindorf in der Sitzung des Ver- und Entsorgungsausschus-

ses vom 24.05.2007, in der er dem Leiter des Fachbereiches „Ordnen und Soziale Leistungen“, Herrn Homering, vorgeworfen habe, in der Presse eine politische Wertung zu einer Ratsentscheidung vorgenommen zu haben.

Zwischenzeitlich habe er mit Herrn Homering den Sachverhalt besprochen und dieser habe erklärt, dass die politische Wertung seitens des Redakteurs der Allgemeinen Zeitung vorgenommen worden sei. Herr Homering hätte hierzu lediglich Fakten geliefert, aus denen der Redakteur eigene Rückschlüsse gezogen habe. Diese Richtigstellung des Vorwurfes halte er für notwendig, da Herr Homering bereits über 40 Jahre im Rosendahler Rathaus tätig und ein erfahrener Verwaltungsfachmann sei, der wisse, was er der Presse mitteilen dürfe.

Herr Steindorf nahm dieses zustimmend zur Kenntnis.

### **13.7 Anfrage der SPD-Fraktion zu Kosten nicht mehr genutzter Gebäude der Gemeinde**

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass seitens der SPD-Fraktion eine schriftliche Anfrage bezüglich der Kosten nicht mehr genutzter Gebäude der Gemeinde Rosendahl vorläge. Diese Anfrage ist der Niederschrift als **Anlage II** beigelegt. Er sagte eine Beantwortung in einer der nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses zu.

### **13.8 Sachstandsbericht zur Interkommunalen Zusammenarbeit**

Allgemeiner Vertreter Gottheil gab in Beantwortung einer Anfrage von Fraktionsvorsitzendem Steindorf in der Ratssitzung vom 14.05.2007 einen aktuellen Sachstandsbericht zur interkommunalen Zusammenarbeit.

Hierzu verwies er auf die ausführliche Sachdarstellung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.12.2005. Neben den laufenden Kontakt- und Informationsgesprächen mit den Nachbarkommunen auf den verschiedenen Sachgebieten gäbe es zweimal jährlich Gespräche zwischen allen Hauptamtsleitern bzw. Fachbereichsleitern der Städte und Gemeinden im Kreis Coesfeld unter Beteiligung des Kreises Coesfeld. Darüber hinaus werde aktuell konkret interkommunale Zusammenarbeit mit jeweils unterschiedlichen Partnerkommunen betrieben. Dies gelte insbesondere für die Projekte ILEK, Gründung einer kommunalen Infrastrukturgesellschaft, LEADER-Wettbewerb und Schienenstrecke Lutum-Rheine.

### **13.9 Aufgabe des Gemeindebullis**

Allgemeiner Vertreter Gottheil teilte mit, dass der mittlerweile 18 Jahre alte Gemeindebulli aufgegeben werden müsse, da für die anstehende TÜV-Untersuchung des Bullis hohe Reparaturkosten veranschlagt worden seien, die auszugeben angesichts des Alters und des hohen Benzinverbrauchs des Fahrzeugs nicht mehr vertretbar seien. Das Fahrzeug würde ersatzlos aufgegeben, um auf diesem Wege Kosten

einzusparen.

### **13.10 Sperrung des Dorfparks in Osterwick**

Fachbereichsleiter Wellner teilte in Beantwortung einer Anfrage aus der letzten Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses mit, dass der Dorfpark in Osterwick nach einem Blitzeinschlag in einen Baum in der Nähe des dortigen Kindergartens habe gesperrt werden müssen und dass dieser Baum am Tage der Sitzung durch eine Fachfirma gefällt worden sei, weil der Bauhof hierzu technisch nicht in der Lage gewesen sei.

## **14 Anfragen der Ratsmitglieder gemäß § 17 Abs. 2 GeschO**

### **14.1 Vertrag bezüglich des Spielplatzes in Höpingen - Herr Neumann**

Ratsmitglied Neumann erkundigte sich, ob bereits ein Nutzungsvertrag mit dem Eigentümer der Fläche, die für den neuen Spielplatz in Höpingen zur Verfügung gestellt würde, geschlossen worden sei.

Fachbereichsleiter Wellner erklärte, dass vorab ein Ortstermin stattfinden müsse, um die endgültige Lage des Spielplatzes festzulegen. Die zur Verfügung gestellte Fläche gehöre zwei Eigentümern und sei sehr groß. Erst nach diesem Ortstermin könne eine Nutzungsvereinbarung mit einem bzw. ggf. zwei Eigentümern geschlossen werden.

### **14.2 Zweckbindung des Gebäudes Hauptstraße 13 in Osterwick - Frau Haßler**

Ratsmitglied Haßler erkundigte sich, ob die Planungen für die Umnutzung des Gebäudes Hauptstraße 13 in Osterwick zu einem Jugendhaus nicht überflüssig gewesen seien angesichts der Tatsache, dass die entsprechenden Landeszuwendungen das Gebäude mit einer Zweckbindung als Übergangswohnheim versehen hätten. Im Falle einer Umnutzung als Jugendhaus hätten sicherlich die in der Vergangenheit erhaltenen Landesmittel zurückgezahlt werden müssen.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass der Zuwendungsbescheid nur dann eine Rückzahlung der Landesmittel vorgesehen hätte, wenn das Gebäude auf dem freien Markt angeboten worden bzw. privatwirtschaftlich vermietet worden wäre. Der Zuwendungsbescheid weise dem Gebäude die Nutzung als Unterkunft für Aussiedler zu. Sollte hierfür kein Bedarf mehr vorhanden sein, sei eine Nutzung für die Unterbringung von Asylbewerbern zulässig. Sollte auch hierfür kein Bedarf mehr bestehen, was der Fall sei, könne es zuwendungsunschädlich dem sozialen Wohnungs-

bau zugeführt werden. Da eine Umnutzung als Jugendhaus höherrangiger einzustufen sei als eine Nutzung für den sozialen Wohnungsbau, sei hierfür keine Förder-schädlichkeit und damit auch keine Rückzahlungsverpflichtung gegeben.

Die Realisierung des Vorhabens sei daher nicht an der mutmaßlichen Zweckbin-dung des Gebäudes gescheitert, sondern aufgrund der Tatsache, dass mehrheitlich eine andere Nutzung des Gebäudes gewünscht würde. Weil es in der Gemeinde Nordkirchen eine exakt vergleichbare Situation wie in Rosendahl gegeben habe, sei die Idee mit dem Jugendhaus für dieses leerstehende Gebäude entstanden und so vorgeschlagen worden. Er halte dieses Gebäude nach wie vor für ein Jugendhaus geeignet, akzeptiere aber, dass es eine andere politische Entscheidung gegeben habe. Hätte er gewusst, dass es für dieses Gebäude andere Überlegungen bzw. Planungen gibt, hätte er es nicht vorgeschlagen.

#### **14.3 Sachstand zur Genehmigung des Modellflugplatzes in Osterwick- Herr Schenk**

Ratsmitglied Schenk erkundigte sich nach dem Sachstand zur Genehmigung des Modellflugplatzes auf der Horst in Osterwick. Bereits 2005 sei eine Fläche hierzu angepachtet und seitens der Bezirksregierung die Genehmigung für den Flugbetrieb erteilt worden. Im November 2006 sei dann der Flugbetrieb vom Kreis Coesfeld un-tersagt worden, da zuvor eine Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) not-wendig sei. Er fragte nach, warum der Antrag des Modellflugclubs Holtwick auf Än-derung des FNP weder im Rat noch im zuständigen Ausschuss bislang beraten worden sei.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass diesbezüglich im Frühjahr 2007 ein Gespräch mit allen Beteiligten im Rathaus stattgefunden hätte. In diesem Gespräch sei ein konkreter Fahrplan bezüglich der weiteren Vorgehensweise aufgestellt worden, der unter anderem auch die notwendige Erstellung eines Lärmschutzgutachtens durch den Modellflugclub vorgesehen hätte. Dieses Gutachten sei zwar erstellt, vom Kreis als Genehmigungsbehörde aber als nicht ausreichend anerkannt worden. Erst wenn ein neues, anerkanntes Gutachten vorläge, könne die Änderung des FNP in Angriff genommen werden. Ungeklärt sei übrigens auch noch, wer die Kosten für die Ände-rung des FNP trage.

#### **14.4 Vorlage des Jahresabschlusses 2006 - Herr Söller**

Ratsmitglied Söller erkundigte sich, warum der Jahresabschluss 2006 nicht auch in diesem Jahr wie üblich vor der Sommerpause vorläge.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass eine fristgemäße Vorlage zum 30.06.2007 ausgeschlossen sei. Im Zusammenhang mit der Umstellung auf NKF hätte es er-hebliche Softwareprobleme gegeben. Hinzu kämen die eingeschränkten personellen Ressourcen. Mit der Vorlage des Jahresabschlusses könne daher frühestens zum Jahresende 2007 gerechnet werden. Bürgermeister Niehues räumte ein, dass er es versäumt habe, auf diese Verzögerung hinzuweisen.

#### **14.5 Anmeldezahlen für die Offene Ganztagsgrundschule - Herr Mensing**

Ratsmitglied Mensing erkundigte sich nach den Anmeldezahlen zur offenen Ganztagsgrundschule und ob auch die Kinder der Schule von 8-13 Uhr in den gemeldeten 90 Kindern berücksichtigt worden seien.

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass noch keine vollständigen Anmeldezahlen bekannt seien, da als Stichtag der 1. Tag nach den Herbstferien angesetzt sei. Mit dem Land würden letztlich nur die tatsächlichen Zahlen abgerechnet. Für die Beantragung der Zuschüsse sei die Zahl der zu erwartenden Anmeldungen bewusst hoch angesetzt worden, um sicherzustellen, dass alle Fördermöglichkeiten ausgeschöpft würden, da eine nachträgliche Beantragung von Mitteln ausgeschlossen sei. Darüber hinaus seien auch Mittel für die Schule von 8-13 Uhr beantragt und bewilligt worden.

#### **14.6 Beachtung der Geschäftsordnung - Herr Kuhl**

Ratsmitglied Kuhl kritisierte, dass im Rahmen des Tagesordnungspunktes „Anfragen der Ratsmitglieder“ Sachverhalte angefragte würden, die bereits unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen“ angesprochen worden seien. Es sei auch nicht richtig, dass an dieser Stelle Diskussionen zugelassen würden.

#### **14.7 Haushaltseinbringung 2008 durch den Kreis Coesfeld - Herr Söller**

Ratsmitglied Söller erkundigte sich, ob bekannt sei, wann der Kreis Coesfeld seinen Haushaltsentwurf für 2008 in den Kreistag einbringen werde.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass der Landrat mitgeteilt habe, dass aufgrund der Umstellung des Kreishaushaltes auf NKF erst im März 2008 die endgültige Höhe der Kreisumlage bekannt sei. Gegen Ende des Jahres 2007 würde den Städten und Gemeinden im Kreis allerdings eine vorläufige Zahl zur Höhe der Kreisumlage mitgeteilt, die dann aber noch ggf. angepasst werden müsse.

#### **14.8 Anmeldezahlen für die Grundschule Darfeld - Herr Fliß**

Ratsmitglied Fliß erkundigte sich, ob an der Grundschule in Darfeld tatsächlich nur eine Eingangsklasse gebildet werde.

Bürgermeister Niehues bestätigte dies.

#### **15 Einwohner-Fragestunde gemäß § 18 Abs. 1 GeschO**

Anfragen der Einwohner lagen nicht vor.

*Es wurde eine fünfminütige Sitzungspause eingelegt.*

Franz-Josef Niehues  
Ausschussvorsitzende/r

Dorothea Roters  
Schriftführer/in